Europas Jugend macht mobil

Den Faschisten den Kampf angesagt

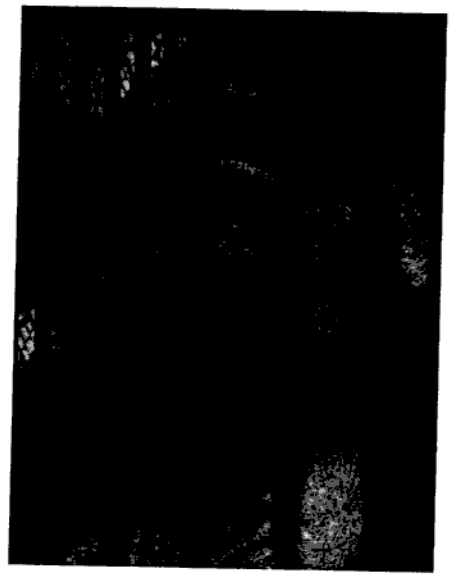
Um der wachsenden Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten Einhalt zu gebieten und um Kundgebungen von Neo-Nazis zu verhindern, organisieren sie Gegendemonstrationen und versperren Zufahrtswege; sie verteilen Flugblätter, um die Bevölkerung auf die zunehmende Ausländerfeindlichkeit hinzuweisen. Sie prangern die Bundesregierung an und organisieren Versammlungen gewaltigen Ausmaßes.
Wer sind diese Leute, die mit einer ordentlichen Portion Mut dem braunen Mob entgegentreten? Das HAJM stellt eine dieser Gruppen vor, den Zusammenschluß »Jugend gegen Rassismus in Europa« (JRE).

Von Michael Kühl

1992 registrierte das Bundesamt für Verfassungsschutz 2.584 Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 74 Prozent. Die Behörde spricht von einer Gewalteskalation bisher ungekannten Ausmaßes. Besonders nachdenklich stimmt dabei die Tatsache, daß der Anteil der Jugendlichen an den mutmaßlichen Gewalttätern fast 70 Prozent beträgt.

Um diesem Zustand nicht tatenlos zusehen zu müssen, wurde Mitte letzten Jahres die Organisation JRE ins Leben gerufen. Die Initiative zur Gründung ging dabei von der belgischen Antifa-Organisation »Blokbuster« aus. Innerhalb kürzester Zeit weitete sich die Gruppe auf diverse europäische Länder aus. So unterhalten neben Belgien jetzt auch die Niederlande, Irland, Großbritannien, Österreich und Schweden ihre eigenen landesweiten JRE-Gruppen. In Deutschland wurde der Aufbau von Unterstützern der marxistischen Zeitung »Voran« begonnen.

Höhepunkt ihrer bisherigen Aktivitäten war eine europaweite antirassistische Demonstration am 24. Oktober 1992 in Brüssel. Einem JRE-Infoblatt zufolge haben rund 40.000 Personen daran teilgenommen. Aus einem weiteren Insider-Bericht geht hervor, daß die Demo u.a. auch durch bekannte Organisationen und Parteien, wie etwa den Grünen, der Deutschen Postgewerkschaft sowie dem Juso-Bundesvorstand unterstützt wurde.



Auch er ist stolz, ein Deutscher zu sein

Das Erfolgsrezept: Zivilcourage, Militanz und Kenntnisse der Rechtslehre

Um die Existenzberechtigung rechtsextremistischer Parteien in Frage zu stellen, versuchen JRE-AktivistInnen gezielt, Parteitage zu verhindern. Kann eine Partei, beispielsweise die DVU (Deutsche Volksunion), ihren Parteitag nicht, wie es das Grundgesetz vorschreibt, regelmäßig abhalten, entstehen juristische Probleme. §9, Abs. 1 des Parteiengesetzes schreibt die Richtlinie eindeutig vor: »Die Parteitage treten mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zusammen.« Wird dieser Vorschrift nicht Folge geleistet, kann der Bundeswahlleiter entsprechende Maßnahmen einleiten. Klaus Gaspers, zuständiger Leiter des Referats beim Bundeswahlleiter in Wiesbaden, bestätigt gegenüber dem HAJM: »Hält eine Partei nicht alle zwei Jahre ihren Parteitag ab ohne es mitzuteilen, kann eine Geldbuße verhängt werden.«

»Die Verhinderung von Nazi-Versammlungen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben«, so ein Mitglied von JRE Hamburg (Name der Red. bekannt). Der 22jährige Zivildienstleistende verweist auf beachtliche Erfolge in der antirassistischen Arbeit: »Wir haben es sogar geschafft, einige PolizistInnen von unserer Notwendigkeit zu überzeugen. Während einer Informationskundgebung haben wir von ihnen deutlichen Zuspruch erhalten. Ich bin daher auch nicht grundsätzlich gegen die Polizei eingestellt, wenn ich es auch niemals akzeptieren würde, wenn sich die Polizei während einer Blockade gegen uns stellt und die Faschisten schützt, wenn es zu Ausschreitungen kommt. Generell bin ich der Polizei gegenüber sehr skeptisch eingestellt.«

Im Umgang zwischen der Polizei und den militanten Faschisten scheint sich übrigens eine Wende abzuzeichnen. Laut einer Meldung der »Frankfurter Rundschau« sagte der Wissenschaftliche Direktor der Polizei-Führungsakademie in Münster, Manfred Murck, daß die »Eingriffsschwelle« der Polizei bei Aufmärschen von Rechtsextremisten gesenkt werden müsse, da »die längerfristigen Gefährdungspotentiale rechtsextremistischer Bewegungen und die Ängste der Betroffenen« berücksichtigt werden müßten. Im Klartext: Durch Neo-Nazis gefährdete Personen sollen zukünftig das Gefühl haben, daß die Polizei auf ihrer Seite steht.

Obwohl immer wieder zu lesen ist, daß es bei Demos und Kundgebungen zu Krawallen kommt, distanziert sich JRE ausdrücklich von der traditionellen Straßenschlacht: »Wir sind strikt gegen die sogenannten Autonomen, die durch Randale das Ziel einer Demo ins falsche Licht rücken. Wir wollen den Menschen zeigen, daß es auch friedlich vonstatten gehen kann. Wir begeben uns beispielsweise in Kneipen und verteilen Infoblätter, sprechen mit den Leuten und versuchen, Aufklärungsarbeit zu leisten.«

Sozialkritik als Grundsatz

Das JRE-Programm besteht neben der Absage an Rassismus, Nationalismus, sexueller und religiöser Diskriminierung auch aus Kritik am bestehenden Sozialstaat. Forderungen: »Arbeit für alle. Weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und einer gleitenden Lohnskala. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, für Deutsche und AusländerInnen (...)«

Beim Gründungstreffen von JRE Hamburg wurden diese Punkte erneut diskutiert. Man ist sich einig, daß fremdenfeindliche Gewalt hauptsächlich durch das kapitalistische System hervorgerufen wird. Das Programm geht daher über die Forderung, Ausländer besser zu schützen, weit hinaus.

Kritik dieser Art kommt den Behörden freilich spanisch vor. So wurde JRE anscheinend peinlich genau ober-

viert. Im Verfassungsschutzbericht 1992 werden die Antirassisten denn auch entsprechend gewürdigt: »Der internationale trotzkistische Dachverband, dem sich »Voran« zurechnet (...) betrieb seit Mitte des Jahres eine Kampagne »Jugend gegen Rassismus in Europa« (...) »Voran« und JRE beteiligten sich an einer von Trotzkisten ausgerichteten internationalen Demonstration gegen Rassismus am 24. Oktober in Brüssel.«

Zur Erinnerung: Leo Trotzki war ein russischer Politiker (1879-1940), der von der stalinistischen Linie abwich, ins Exil verbannt und später ermordet wurde. Nach dem Zusammenbruch des politischen Systems in der DDR sahen sich die Trotzkisten in ihrer Kritik an den stalinistischen Bürokratien bestätigt: Ziel sei eine weltweite demokratische Planwirtschaft. Warum der Verfassungsschutz JRE zusammen mit den demokratischen Trotzkisten in einem Bericht erwähnt, in dem verfassungsfeindliche Gruppen und Parteien dominieren, ist eines der vielen ungelösten politischen Rätsel.

Aus dem JRE-Organisationsstatut geht neben dem Ziel, eine »möglichst breite Opposition gegen Rassisten und Faschisten« zu mobilisieren, auch die Absicht hervor, die Jugend Europas zu verbinden. Es besteht also auch die Möglichkeit, internationale Freundschaften zu schließen.

Trotzdem darf nie der traurige Anlaß vergessen werden, der JRE ins Leben gerufen hat: Die Existenz von Faschisten in einem Land mit einer ungeheuerlichen Vergangenheit. Oberstes Ziel ist, eine Wiederholung der Geschichte zu vermeiden.

Kontakt: JRE, c/o Haus für alle, Amandastraße 58, 20357 Hamburg

